

Rückkehr zur Klassengesellschaft? Arbeitnehmermilieus zwischen Hochqualifikation und Prekarisierung¹

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

in meinem Vortrag zum sozialpolitischen Aschermittwoch mache ich einen Widerspruch zum Thema. Unsere Gesellschaft wird immer produktiver und immer reicher, mit immer höherer allgemeiner und beruflicher Bildung. Warum geraten heute trotzdem breite soziale Gruppen auch der Mitte in soziale Schieflagen und teilweise in Armutslagen? Hat das Sozialmodell der Bundesrepublik versagt? Welche Alternativen zu ihm sind realistisch und welche sind es nicht?

*1. Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung unterstützen immer noch das **historische Sozialmodell der Bundesrepublik**: Solidarität auf Gegenseitigkeit. Dieses Modell hatte auch der großen **Arbeitnehmermitte** eine wachsende **Teilhabe** am Wohlstand und an besseren Lebens-, Gesundheits- und Bildungsstandards gesichert.*

Die Menschen kennen es nicht als theoretisches Modell. Mit seinen sozialen Rechten und Pflichten haben sie es aber nachhaltig in ihr praktisches Tun, in die Gewohnheiten und Erfahrungen des Alltagslebens aufgenommen. Lange war das Modell mit den Konzepten der großen Volksparteien verbunden, die soziale Polarisierungen vermeiden und eine Integration in der Mitte erreichen wollten. Dies war eine Konsequenz der **Erfahrung der Weltwirtschaftskrise** ab 1929 und der nachfolgenden schweren innen- und außenpolitischen Konflikte. So entstand nach 1945 Einigkeit darüber, dass eine kapitalistische Marktwirtschaft gewisser Korrekturen durch Politik bedarf, wenn sie Vollbeschäftigung, Wachstum, sozialen Ausgleich und äußeren Frieden sichern sollte. Diese Ziele galten für die „**soziale Marktwirtschaft**“ der CDU Konrad Adenauers und noch mehr für das erweiternde Konzept einer „**Arbeitnehmergesellschaft**“, wie sie Willy Brandt für die SPD entwarf.

In den Nachkriegsjahrzehnten war, wie heute, die Politik durch erhebliche soziale Verwerfungen herausgefordert. Es wurde zur Hauptaufgabe der Gesellschaftspolitik, diese Risiken regulierend zu flankieren. Hierzu wurde ein Teilhabe- und Aushandlungsmodell erkämpft und erprobt. Seine Ziele können in zwei Grundsätzen zusammengefasst werden: **Leistungsgerechtigkeit** und **Statussicherung**. Erstens sollte aktive Eigenleistung durch die Teilhabe an den gemeinsam erarbeiteten sozialen Standards vergolten werden. Zweitens sollte auch im Falle der Not die einmal erreichte soziale Stellung und Lebenshaltung gesichert, ein sozialer Absturz verhindert werden.² Das Modell setzt also auf gegenseitige Eigenleistung mit einem begrenzten Ausgleich zwischen „Starken“ und

¹ Vortrag von Prof. Dr. Michael Vester (Leibniz Universität Hannover) auf dem Sozialpolitischen Aschermittwoch des Bezirksverbandes Oberbayern der Arbeiterwohlfahrt in Pfaffenhofen am 25. 2. 2009.

² Die beiden Prinzipien des korporativen Modells gehen erkennbar auf den Klassenkompromiss zwischen („statusorientierten“) ständischen und („leistungsorientierten“) bürgerlichen Interessen im bismarckschen Sozialversicherungsstaat zurück. Sie konstituieren damit einen ‚eingebauten Widerspruch‘; der sich, je nach den Kräfteverhältnissen, dynamisch oder auch blockierend auswirken kann.

„Schwachen“.³ Damit handelt es sich nicht um ein protektionistisches Modell, das die Faulen vor Leistungsanforderungen schützt. Die Solidarität auf Gegenseitigkeit begründete vielmehr einen grundsätzlich entwicklungsfähigen historischen Kompromiss zwischen den großen, verbandlich („korporativ“) organisierten Interessengruppen.

Die dynamische Seite des Sozialmodells zeigte sich besonders in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik. Zwölf Millionen Flüchtlinge mussten nach 1945 integriert werden. Zehn Millionen Menschen wurden zwischen 1950 und 1970 durch die technischen Fortschritte der Landwirtschaft freigesetzt und mussten neue Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistungen finden. Der internationale Wettlauf um steigende Produktivität verlangte nach immer höheren Berufsqualifikationen, doch das Bildungssystem war dafür nicht ausgebaut, Georg Picht entdeckte 1964 die „deutsche Bildungskatastrophe“.

Durch Konflikte lernten Politik und Parteien, mit der massiven Bündelung von Modernisierungshindernissen umzugehen. Im Unterschied zur damaligen DDR gelang es ihnen, dafür ein tragfähiges **Aushandlungs- und Mitwirkungsmodell** aufzubauen.⁴ Die konservativen Regierungen Adenauers entwickelten nicht nur die Kompromissfähigkeit zwischen den bürgerlichen Parteien neu, sondern erweiterten diese auch unter dem Druck der nachdrängenden organisierten Arbeiterbewegung. Neben der Mittelstandspolitik entstand eine konservative Arbeitnehmerpolitik. In den 1950er und 1960er Jahren konnten sich die Arbeitnehmer eine erhöhte Mitbestimmung in Betrieben und Wirtschaft und eine wachsende Teilhabe am „Wirtschaftswunder“ durch Arbeitszeitverkürzungen und höhere Lohn-, Konsum-, Sozial- und Bildungsstandards erkämpfen.

So gelang es, die einschneidenden Strukturverschiebungen zu flankieren. Während die traditionellen, eher gering qualifizierten Berufe im Agrar- und im Industriesektor stark schrumpften, wuchs die Mitte der qualifizierten Facharbeiter und Fachangestellten. Die **Klassengesellschaft „enttraditionalisierte“** sich auf vier Ebenen:

(1) Der konservative **alte Mittelstand** der kleinen Landwirte Kaufleute und Handwerker schrumpfte enorm. 1950 umfasste er noch etwa 25% der Bevölkerung, heute sind es weniger als 5% (vgl. Rudzio 2003: 439).

³ Das Modell des „korporativen Wohlfahrtsstaats“ in Kontinentaleuropa beruht, wie Gösta Esping-Andersen (1990, 1998) darlegt, darauf, dass es zwar keine Gruppe ausgrenzt, aber doch die ständischen Rangunterschiede des Einkommens und der sozialen Sicherheit grundsätzlich konserviert. Konflikte drehen sich um das Ausmaß dieser Rangunterschiede. Das Modell unterscheidet sich insofern von dem angelsächsisch-liberalen Modell, das den sozial Schwachen nur minimale Fürsorgestandards zugesteht, und von dem skandinavisch-sozialdemokratischen Modell, das alle auf die Sozial- und Bildungschancen der modernen Mittelschichten emporheben möchte.

⁴ Der westdeutsche Entwicklungspfad unterschied sich in wichtigen Zügen von dem Pfad der *DDR-Gesellschaft*. Insbesondere teilte er nicht deren Modernisierungshemmnisse, die in der Übernahme des altindustriellen Stahlmodells von der Sowjetunion und in der staatsbürokratischen Blockierung der Produktivkräfte begründet lagen. Andererseits gab es trotz allem etwas Gemeinsames: Die DDR war, wie Wolfgang Engler (1999: 173) es nennt, eine „*arbeiterliche Gesellschaft*“. In beiden Gesellschaften war, wenn auch unter verschiedenen politischen Regulierungsformen, die Arbeiterklasse in die Mitte aufgerückt, deren sichere soziale Standards zuvor dem alten Mittelstand (den kleinen Eigentümern) und dem neuen Mittelstand (den „besseren Angestellten“) vorbehalten gewesen waren.

- (2) Die **neue Mittelschicht** der Angestellten wuchs gleichzeitig von 20% auf etwa 60%, zur größten Arbeitnehmergruppe an (ebd.). Viele von ihnen hatten nicht mehr den alten Standesdünkel der „besseren Angestellten“, sie näherten sich in Lebensweise und Interessenbewusstsein der industriellen Arbeiterschaft an.
- (3) Für die Mehrheit der **Arbeiter** schwanden die alten Merkmale der umfassenden Unsicherheit, der sog. „Proletarität“: die unsichere Beschäftigung, die soziale Rechtlosigkeit und die eher geringen Fachqualifikation (Geiger 1949, Mooser 1984). Durch erkämpfte Rechte, hohes Fachkönnen und relative soziale Sicherheit erlangten sie soziale und kulturelle Standards, die vorher der kleinbürgerlichen „Mitte“ vorbehalten waren.
- (4) Die **unterprivilegierten Milieus** nahmen zwar an den Besserstellungen durch das Recht und das Sozialversicherungssystem teil, nicht jedoch an der Anhebung des Fach- und Bildungsstandards (vgl. Geißler 1994: 144-150). Sie gelangten erstmals in sichere Normalarbeitsverhältnisse, jedoch in gering qualifizierten und hoch belastenden Tätigkeiten z.B. am Fließband, im Bergbau und in bestimmten Dienstleistungen (vgl. ebd.: 62-67, 215f).

Die Klassenkonflikte verschwanden damit nicht. Aber sie wurden rechtlich reguliert und wanderten weitgehend von der Straße an die Verhandlungstische. Soziologen wie Theodor Geiger (1949) und Ralf Dahrendorf (1957) sprachen vom „**institutionalisierten Klassenkampf**“.

Diese gesamte Entwicklung hatte enorme Konsequenzen. Mit dem Schrumpfen des alten Mittelstands verloren die konservativ-kleinbürgerlichen Strukturen ihre allgegenwärtige lähmende Vormacht. Mit dem Wachstum einer gesicherten Arbeitnehmermitte traten die schroffen Klassenspaltungen des Industriekapitalismus in den Hintergrund. Die „Entproletarisierung“ ließ ein modernes Bewusstsein der Interessen gegenüber Unternehmern und Staat entstehen, nach dem **Prinzip „Leistung gegen Teilhabe“**: man war zu hohen Arbeitsleistungen bereit, verlangte dafür aber auch eine umfassende Teilhabe an den sozialen Chancen.

Die Regierung Willy Brandts, die 1969 von modernisierten Arbeitnehmer-, Bildungs- und Jugendmilieus an die Macht gebracht wurde, konnte das westdeutsche Sozialmodell erweitern und auch durch die Versöhnung mit dem Osten außenpolitisch absichern. Nach seinem großen Wahlsieg von 1972 sprach Brandt vom Modell der „**Arbeitnehmergesellschaft**“ (vgl. Lepsius 1973: 308), mit den moderneren, „sozialliberalen“ Fraktionen der Bildungsschichten als Partner. Dieses Modell symbolisierte für die Arbeitnehmer eine Annäherung an das skandinavische Modell einer wachsenden Teilhabe. Zusätzlich symbolisierte die Mobilisierung der modernisierten Bildungsschichten eine tolerantere, kulturell vielfältigere Politik, die in der Außenpolitik Verständigung suchte und die nach innen mehr Teilhabe der Frauen, der Ausländer und sozialer Minderheiten sowie mehr Mitwirkung aller Bürger versprach - also das, was heute mit „Bürgergesellschaft“ (oder „Zivilgesellschaft“ und „Postmaterialismus“) umschrieben wird.

Durch seine Entwicklung bis in die 1970er Jahre hat das historische Sozialmodell, als (zweifellos nachträglich idealisierte) Erinnerung an eine praktische Erfahrung, für mehr als vier Fünftel der Bevölkerung den Rang eines Maßstabs der Politik errungen. Daher wird heute auch nicht seine Abschaffung, sondern seine demokratische Weiterentwicklung verlangt. Umkämpft sind hier insbesondere die verbliebenen ständisch-konservativen Momente des deutschen Sozialmodells. Zu diesen gehört nicht zuletzt der hohe internationale Rückstand bei der Gleichstellung der Frauen, der Ausländer und der Bildungschancen. Für die Frauen ist immer noch das männliche Alleinverdienermodell der fünfziger Jahre nicht hinreichend durch das partnerschaftliche Doppelverdienermodell abgelöst. Für die Zuwanderer sind nur teilweise die Standards einer modernen Einwanderungsgesellschaft erreicht. In der Bildungspolitik haben der Angehörigen der mittleren und unteren Milieus immer noch geringere Bildungswegchancen als in fast allen anderen hochentwickelten Ländern.

Trotz dieser Mängel, die eine Weiterentwicklung in Richtung des umfassenderen skandinavischen Solidaritätsmodells rechtfertigen, bleiben die vergangenen Erfolge des historischen Sozialmodells der Bundesrepublik unbestritten. Es hat durch seine institutionellen Regulierungen der Gefahr einer schroffen Klassenpolarisierung, die durch eine ungezähmte marktwirtschaftliche Dynamik immer gegeben ist, wirksam entgegengewirkt. Sein Erbe ist eine institutionell regulierte Klassengesellschaft, die fein in sich differenziert, aber doch in **drei vertikale Stufen** geteilt ist:

- eine Oberschicht von knapp 20 Prozent mit privilegierter Teilhabe am Wohlstand,
- eine große Mittelschicht von etwa 70 Prozent mit gesicherter Teilhabe am Wohlstand,
- eine eher kleine unterprivilegierte Schicht von etwa 10 Prozent mit nur minimalen und unvollständigen sozialen Sicherungen.

*2. Doch seit den 1980er Jahren ist die große Mitte zunehmend in **soziale Schieflagen** geraten. In der Gesellschaft teilen sich nicht nur obere und untere Gruppen neu ab: eine **privilegierte Schicht**, deren Vermögen enorm wachsen, und eine **ausgegrenzte „underclass“**, die an und unter der Armutsgrenze lebt. Auch die **Mitte** gerät zunehmend in **unsichere Lagen**.*

Aus Gründen, auf die ich später näher eingehe, hat die um eine relativ gesicherte Mitte organisierte Sozialstruktur ihre bisherige Stabilität verloren. Seit den achtziger und mehr noch den neunziger Jahren wird eine verstärkt Ausweitung von Lebenslagen der Unsicherheit (der sog. „Prekarität“) und der Ausschließung (der sog. „Exklusion“) (Hübinger 1996, Castel 2000 [1995]) beobachtet. Hierzu gibt es verschiedene Datengrundlagen. Ich stütze mich hier auf die zuverlässigsten und repräsentativsten Datenanalysen, die zwanzigjährigen Längsschnittuntersuchungen, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin auf der Grundlage der mit 20.000 Befragten sehr großen Stichprobe des „Sozioökonomischen Panels“ (SOEP) durchgeführt hat.

Die sozialen Schieflagen haben sich nach den Daten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) besonders von 1999 bis 2005 verschärft, also unter der rot-grünen Koalition. 2005 lebte nur noch eine Minderheit von 46 Prozent in gesichertem

Wohlstand. Für die Mehrheit von 54 Prozent war eine schiefe Ebene entstanden: 26 Prozent lebten im „instabilen Wohlstand“, 20 Prozent an der Armutsgrenze (60% des mittleren Einkommens) und 8 Prozent in verfestigter Armut (43% des mittleren Einkommens).

Im Einzelnen hat sich nach diesen Analysen (Groh-Samberg 2007: 179) eine Teilung in mindestens vier soziale Stufen herausgebildet (die sich den „Zonen“ verschiedener Lagen nach Castel 2000 [1995] zuordnen lassen) – **Abbildung 1:**

- (1) **Nur noch 45,9 Prozent leben in eher dauerhaft gesichertem Wohlstand**, mit 131,8% des mittleren Einkommens.
- (2) **26,1 Prozent leben in instabilem Wohlstand** (89,0% des mittleren Einkommens). Die Gruppe hat kontinuierlich abgenommen, etwa in dem Maße, in dem die verfestigte Armut zunahm.
- (3) **9,5 Prozent sind temporär oder partiell Arme**. Mit ca. 68% des mittleren Einkommens liegen sie knapp über der Armutsgrenze (die bei 60% des mittleren Einkommens liegt). Die erste Teilgruppe sind die ‚temporär Armen‘ (5,7%), sie geraten immer wieder in Lagen der Einkommensarmut. Die zweite Teilgruppe sind die ‚partiell Armen‘ (3,8%), sie sind betroffen von Notlagen in Teilbereichen der Lebensführung (Wohnung, Konsum, Ersparnisse, Arbeitsplatz).
- (4) **18,5 Prozent nehmen dauerhaft nicht mehr am Wohlstand teil**, sie liegen an oder unter der Armutsgrenze. Zu unterscheiden sind wieder zwei Teilgruppen. **8,4 % leben in verfestigter Armut** (mit nur 43,1% des mittleren Einkommens). Diese Armutsschicht ist nach 1990 stetig gewachsen. Sie entsteht nicht aus Absteigern aller Schichten. Vielmehr besteht ein „stabiler Zusammenhang zwischen Armut und Klassenzugehörigkeit“: die Absteiger entstammen ganz überwiegend der Schicht der gering qualifizierten Arbeiter und Angestellten, von denen wiederum die Gruppen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Familien mit mehr als zwei Kindern besonders betroffen sind. – **Weitere 10,1% leben in Prekarität**, in permanenten Schieflagen. Sie liegen, mit 60,9% d. m. Eink., direkt an der Armutsgrenze, unter die sie auch immer wieder sinken.

Insgesamt lassen sich drei Folgerungen aus diesen Daten festhalten.

Erstens ist neu, dass mit den letzten beiden Großgruppen inzwischen **28 Prozent** von den allgemeinen Standards des Wohlstands und der sozialen Sicherheit **ausgeschlossen** sind. Zu ihnen gehören auch Menschen mit guter Fachausbildung, die in die Sektoren „atypischer Arbeitsverhältnisse“, also Niedriglohn, Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit usw., abgedrängt sind. Diese Sektoren sind nach den Angaben des Sachverständigenrats von 2008 auf 38% der Beschäftigten gewachsenen

Zweitens bestätigen die Daten des DIW die These, dass zwar die Mehrheit in Unsicherheiten lebt, aber doch nur ganz **bestimmte Klassenfraktionen** (gering qualifizierte Arbeiter und Angestellte und von diesen besonders Zuwanderer, Alleinerziehende und Kinderreiche) zu den „Risikogruppen“ gehören, die mit höherer

Wahrscheinlichkeit dauerhaft in Armutslagen absinken.

Drittens belegen die Daten, dass die historische Dreistufung noch nachwirkt, aber nur noch in einem labilen Gleichgewicht ist. Das Schichtgefüge ruht nicht in mehr in sich selbst, in einer statussicheren Arbeitnehmerschicht. Die Gruppe, die unterhalb der akzeptierten Standards an sozialer Sicherheit und Wohlstand lebt, reicht (mit ihren 28%) um etwa 18 Prozent (über die etwa 10 Prozent der früheren unterprivilegierten Schicht hinaus) in die Mitte hinein. Weitere 26 Prozent leben in instabilem Wohlstand mit unterdurchschnittlichen Einkommen. Nach diesen Zahlen waren 2005 fast zwei Drittel der früheren sicheren Mitte in Lagen der Unsicherheit oder nahe der Armutsgrenze.

*3. Mit der schweren **globalen Rezession** seit Ende 2008 treffen diese Schieflagen zunehmend auch solche Gruppen der Mitte, die gut qualifiziert, aber seit dem Kurswechsel der Sozialpolitik nicht mehr durch einen sicheren Arbeits- und Sozialstatus geschützt sind. Weitere Gruppen der Mitte sind zwar noch gesichert, aber besorgt über sinkende Einkommen, ungleiche Bildungs- und Gesundheitschancen und unsichere Zukunftsperspektiven.*

In einer neueren Untersuchung diagnostiziert das DIW eine „schrumpfende Mittelschicht“: „Die Schicht der Bezieher mittlerer Einkommen ist in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich geschrumpft. Ihr Anteil an der gesamten Bevölkerung ging von 62 % im Jahr 2000 auf 54% im Jahr 2006 zurück. Entsprechend gestiegen ist der Bevölkerungsanteil an den Rändern der Einkommensverteilung, wobei ... die Abwärtsmobilität stärker ausgeprägt war ... Über alle Einkommensschichten hinweg ist festzustellen, dass die ‚Sorgen um die eigene wirtschaftliche Entwicklung‘ zugenommen haben.“ (Grabka/Frick 2008, S. 101) Aber auch die in der Einkommensmitte verbliebenen 54%, die offensichtlich nicht in einem ‚materiellen Elend‘ leben, bekunden ausgeprägte Sorgen um die eigene Zukunft.

Die große Arbeitnehmerschicht sinkt damit zwar nicht in Standards der vom Wohlstand ausgeschlossenen „Underclass“ ab, wohl aber in Lagen der Unsicherheit, Knappheit und Überbeanspruchung. Dies hat schon seit den neunziger Jahren zur Verdrossenheit von anhaltend etwa 60 Prozent der Gesamtbevölkerung über die politischen Parteien geführt. Kommt es zu weiteren Destabilisierungen oder Verunsicherungen in der qualifizierten und anspruchsvollen Mitte, dann ist eine unruhigere politische Situation zu erwarten. Gegenwärtig erreicht die weltweite Rezession die qualifizierten Arbeitnehmer von immer mehr Exportindustrien, der tragende Säulen des lange so erfolgreichen deutschen Produktionsmodells.

*4. Werden nun die **Szenarien des 19. Jahrhunderts** wieder aktuell, die Verzweiflung des Elends und der Pulverdampf der Rebellion? - Das ist eher **unwahrscheinlich**. Die Entwicklung trifft heute nicht mehr auf eine arme Gesellschaft mit niedriger Produktivität und nicht auf eine „Masse“ von ungelerten Arbeitern ohne soziale und politische Rechte. Die Rückkehr von Unsicherheit, Armut und auch Bildungsarmut ist **nicht** die Folge einer **wirtschaftlichen Abwärtsentwicklung**, die angeblich eine unvermeidliche Folge von ‚Globalisierung‘, ‚Alterung‘ und ‚Zuwanderung‘ ist. Sie ist die Folge einer*

verfehlten Politik, die mit dem Reichtum der Gesellschaften nicht umgehen kann, indem sie ihn für Privilegien, statt für die anstehenden sozialen Strukturinvestitionen verwendet.

Allerdings war dies weniger eine beabsichtigte Politik als eine Art konditionierter Reflex, durch den die Stärke der Ökonomie, das auf industrielle Facharbeit gestützte „deutsche Produktionsmodell“, sich in eine Falle verwandelt hat. Die Stärke und die ökonomische Basis des alten, sozial ausgleichenden „Modells Deutschland“, wie es unter der Kanzlerschaft von Helmut Schmidt gepriesen wurde, waren die exportstarken Branchen, vor allem die Maschinenbau, Elektro- und Automobilindustrien, die sich auf die mittlere Qualifikationsebene der großen Facharbeiterschaft stützten. Seit den 1970er Jahren wird dieses Produktionsmodell durch einen Finanzmarktkapitalismus im internationalen Wettbewerb herausgefordert. Der nicht zuletzt unter dem neoliberalen Einfluss der Regierungen Thatchers und Reagans dereguliert worden ist. Die bundesdeutschen Regierungen seit Helmut Schmidt bemühten sich, durch Kostensenkungen die deutsche Führung auf dem Weltmarkt zu stärken, und es gelang ihnen tatsächlich besonders in jüngster Zeit, die Bundesrepublik immer wieder zum „Exportweltmeister“ hochzutrainieren.

Doch wurde dafür ein zu hoher Preis bezahlt. Die Staats- und Konsumentennachfrage wurde gesenkt, um die Exporte zu verbilligen. Dies förderte seit den achtziger Jahren die Stagnation und auch die Abnahme der Durchschnittslöhne. Der Anteil der unselbständigen Einkommen am Bruttoinlandprodukt sank 1980 bis 2001 von 67,2 auf 54,1% (Rudzio 2003: 439). Die neoliberale Kostendämpfung (die sog. „Angebotsorientierung“) hat nicht zu dem seit den siebziger Jahren versprochenen anhaltenden Aufschwung geführt, sondern die Inlandsnachfrage und damit das Wirtschaftswachstum dauerhaft gedämpft. Nach jedem Zwischenaufschwung stellte sich die Massenarbeitslosigkeit auf höherem Sockel, bis hin zu fünf Millionen, wieder her.

Die Arbeitslosigkeit wurde zusätzlich durch einen **nicht vom Staat flankierten Struktureffekt** des deutschen Produktionsmodells dauerhaft erhöht. Unter dem Druck der internationalen Konkurrenz arbeitete die deutsche Industrie immer produktiver, d.h. mit immer weniger und immer besser qualifizierten Beschäftigten. In den technisch-industriellen Berufen waren daher 1990 42,6%, 2007 aber nur noch 32,3% aller Erwerbspersonen beschäftigt. Dies ist ein Minus von einem Viertel! Vor allem sank der Facharbeiteranteil von 20,8% auf 13,2%. Ein Minus von einem Drittel! Die von der Industrie strukturell Freigesetzten konnten nur teilweise in den wachsenden anderen Berufsgruppen aufgefangen werden. Denn diese wuchsen nur gebremst, die Gruppe der Ingenieure nur um 1,3%, die Gruppe der Humandienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Soziales, Kultur) nur um 4,3%. Eben diese Bereiche wurden beispielsweise in Skandinavien durch staatliche Investitionen in die Beschäftigungsstruktur erheblich besser ausgebaut, so dass dort die Arbeitslosigkeit stärker abnahm und die Beschäftigung nicht zuletzt in den hochqualifizierten Berufen deutlich stärker wuchs. Die Bundesrepublik setzte dagegen die schon unter Helmut Schmidt begonnene (vgl. Blossfeld 1985) Bremsung der Ausgaben für die Humandienstleistungen weiter fort.

Die deutsche Wirtschaftspolitik hat diese Struktureffekte innerhalb und zwischen den

Branchen verschlafen. Sie hat ebenso nicht erkannt, dass die Gehälter für die personalintensiven Humandienstleistungen und technischen Expertenberufe kein verlorenes Geld, sondern Investitionen mit Rendite sind und mindestens zur Hälfte als Steigerung der Konsumnachfrage wieder in den Wirtschaftskreislauf zurückkehren. Stattdessen wurden die kurzfristigen Beschäftigungseffekte der exportbedingten Zwischenkonjunkturen überschätzt.⁵ Die aus der Hochproduktivität folgende „Überproduktion“ konnte auch schon vor der weltweiten Rezession, die von dem Börsencrash vom September 2008 ausgelöst wurde, nur begrenzt durch Export in andere Länder gelenkt werden, und dieser Export konnte die stagnierende Inlandsnachfrage nur begrenzt ausgleichen. Nach dem Crash sind nun die Länder mit den höchsten Exportquoten am stärksten von der Rezession betroffen. Dies ist das Motto des heutigen Aschermittwoch: Der Karneval ist vorbei, wir gehen in Sack und Asche.

Nach dem Gesagten ist deutlich zu erkennen, dass gerade der wachsende produktive Reichtum der Gesellschaften soziale Schieflagen und Armut schafft, wenn er nicht in Strukturinvestitionen gesteckt, sondern in weltweite Spekulationsblasen vergeudet wird, nach deren Platzen nur noch Katzenjammer bleibt.

Die modernen Ökonomien der Hochproduktivität und der Hochqualifikation eröffnen aber auch ganz andere Perspektiven, von denen in den folgenden Thesen die Rede sein wird.

*5. Die hochentwickelten Gesellschaften sind anhaltend reicher geworden. Sie haben ein enormes Wachstum der Potenzen wirtschaftlichen Reichtums und menschlicher Mündigkeit, also „Emanzipation“ hervorgebracht. Gerade die globale Konkurrenz beschleunigt die Erhöhung der Produktivität der Arbeit. Dies ist mit einer umfassenden **Kompetenzrevolution** verbunden: Der Anteil der hochqualifizierten Berufsgruppen in den industriell-technischen Berufen erreichte schon im Jahre 2000 in Spitzenländern wie Schweden 39% - in der Bundesrepublik immerhin noch 26%. Der Anteil der Hochschulabsolventen am jeweiligen Altersjahrgang ist von 1995 bis 2006 im OECD-Durchschnitt von 20% auf 37% gestiegen - in Deutschland wenigstens von 14% auf 21%.*

*6. Die Kompetenzrevolution hat nicht nur eine ökonomische Seite. Sie erhöht auch die Fähigkeiten und Ansprüche der **demokratischen Partizipation**, sie stellt das autoritäre Chefprinzip in Frage. Denn mit der Sach- und Fachkompetenz wachsen auch die Kräfte der Selbstbestimmung, Mündigkeit, Reflexivität und Mitbestimmung. Dies steht in Wechselwirkung mit dem Wertewandel des Alltagslebens. Seit den sechziger Jahren haben die konservativen Werte, die Werte der sozialen Ungleichheit, Bevormundung und Disziplinierung, ihre Vormachtstellung verloren. Die neuen Werte, die Willy Brandt in der Parole „Mehr Demokratie wagen!“ zusammenfasste, gerieten in Konflikt mit den Milieus*

⁵ So wird für die BRD von 2005 bis 2007 eine Zunahme der Erwerbstätigen von 38,8 auf 39,7 Millionen registriert. Sie wird als Erfolg des kurzfristigen Exportbooms von 2006/2007 deklariert. Dabei wird in der Regel unterschlagen, dass damit überwiegend keine neuen unbefristeten Vollzeit-Arbeitsverhältnisse entstanden sind. Zugenommen hat von 2005 bis 2007 die Teilzeitquote, von 32,7% auf 33,7% der Beschäftigten. Daneben stieg von 2004 bis 2007 die Zahl der geringfügig entlohnten Beschäftigten um 489.000. Insgesamt geht die Zunahme der Erwerbstätigenzahlen nur zum Teil auf die Zunahme des Arbeitsvolumens in Stunden zurück. (Zinn 2007: 16f)

des autoritären Obrigkeitsstaates, für den die disziplinierte Einordnung in die Hierarchien von Familie, Kirche und Politik zentral war.

7. Der **Wertewandel** wird von altkonservativer Seite immer noch gern mit exaltierten Übertreibungen der „antiautoritären“ Spontibewegungen und intellektuellen Avantgarden gleichgesetzt. Tatsächlich ist er tief in die Milieus der modernen Arbeitnehmermitte eingedrungen. Dies war nicht zuletzt auch ein Erfordernis des beruflichen Wandels. Denn die wachsenden modernen Berufsgruppen der technischen Experten und der hochqualifizierten Humandienstleistungen des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesens erfordern erheblich mehr Spielräume der Eigenständigkeit in Fachfragen, im Umgang mit ihren Klienten und bei der demokratischen Mitbestimmung.

Im politischen wie im soziologischen Mainstream der Soziologie überwiegen demgegenüber immer noch die eindimensionale Annahmen des vermeintlichen „gesunden Menschenverstands“ über die Mentalitäten der Menschen. Sie erinnern verblüffend an die Mythen der industriellen Revolution des 19. Jahrhunderts. Die Menschen seien von Natur aus träge und genussüchtig und handelten nach dem Kalkül einer individuellen, am besten materiell zu messenden Nutzenmaximierung. Aus diesem Grunde müsse man die Arbeiter durch niedrige Löhne zu größerem Arbeitsfleiß motivieren. Die von dem Soziologen Anthony Giddens (1999) inspirierte Politik Blairs und Schröders begründete ihre Argumentation für niedrige Löhne und niedrige Arbeitslosenunterstützung, die die Rechtfertigung für die Agenda 2010 und Hartz IV lieferte, fast unverändert.⁶

Die empirische Milieuforschung bestätigt dagegen, dass diese Annahmen nur auf sehr kleine Gruppen zutreffen. Die meisten Menschen handeln nach langfristig angelegten *Handlungsstrategien*, die für den ganzen Lebenslauf gelten und auf bestimmte Bildungs- und Berufswege und die Erhaltung einer ganz spezifischen sozialen *Stellung und Lebensweise* zielen. Die große Vielfalt der Lebensstile und Geschmäcker lässt sich dabei einer übersichtlichen Zahl von Grundprinzipien der Lebensführung zuordnen. Diese sind auf der beigefügten Landkarte der Milieus zusammengefasst und bringen, in sehr starker Vereinfachung, die Ergebnisse breiter repräsentativer Untersuchungen auf den Begriff, die nach dem Ansatz des französischen Soziologen Pierre Bourdieu seit längerem erarbeitet worden sind.⁷ Auf der Landkarte sehen wir zunächst ein dreistufiges, quasi

⁶ Giddens empfahl der Sozialdemokratie, sich von der heute verschwindenden traditionellen Arbeiterklasse, die nur durch materielle Not zum Arbeitsfleiß zu motivieren sei, zu lösen und den wachsenden neuen Dienstleistungsklassen zuzuwenden, mit ihrem „postmateriellen“ Interesse an mehr Bürgerrechten, Geschlechteremanzipation, Ausländergleichstellung, Ökologie, Pazifismus usw.

⁷ Die Forschungsergebnisse sind zusammengefasst in Vester 2008 und 2005. - Die abgebildeten Milieus sind von uns auf der Grundlage umfassender qualitativer Untersuchungen und einer großen repräsentativen Befragung ermittelt und detailliert beschrieben worden (Vester u.a. 2001 [1993]). Wir stützten uns dabei auf eine Kombination der frühen englischen Cultural Studies (Williams 1972 [1958]; Thompson 1987 [1963]; Clarke u.a. 1979 [1978]; Willis 1981 [1978]) mit der Theorie von Bourdieu (1982, 1983, 1985, 1987), dem Milieukonzept von Durkheim (1988) und der Methodologie der typologischen Milieuanalyse des ‚Sinus‘-Instituts (Ueltzhöffer u.a. 1993; Ueltzhöffer 1999; Becker u.a. 1992). Unsere detaillierte repräsentative Untersuchung hat durchgehend bestätigt, dass die Berufsfelder, die den Hauptschwerpunkt der jeweiligen Milieufraktion bilden, und die Verhaltensmaximen des Habitus, mit denen die Milieus ihre Lage gestalten, immer noch signifikant zusammenhängen. Eingehende Beschreibungen der Milieus und Teilmilieus auf der

ständisches Schichtungsgefälle der Alltagsmilieus – **Abbildung 2:**

- Nach oben hebt sich immer noch eine privilegierte, besonders gesicherte soziale Schicht von knapp 20 Prozent ab, die oberen bürgerlichen Milieus mit distinktiven Stil- und Führungsansprüchen.
- Die große arbeitnehmerische Mittelschicht von etwa 70 Prozent findet ihre Identität in einem gesicherten, „respektablen“ sozialen Status. Dadurch grenzt sie sich nach oben und nach unten ab.
- Die unterprivilegierten „Unterschicht“ von etwa 10 Prozent mit ihren niedrigen Bildungs- und Sicherheitsstandards ist stärker auf Strategien der Gelegenheitsnutzung und der Anlehnung an Stärkere verwiesen.

Langfristige Untersuchungen bestätigen, dass diese Größenordnungen der vertikalen Teilung sich wenig verändert haben (Vester u.a. 2001: 34f). In fast allen Milieus hatten schon die Eltern und Großeltern eine ähnliche Stellung im sozialen Raum (Vögele u.a. 2002: 275-409). Die heutigen Milieus können damit als Nachfahren der historischen Klassen und Stände angesehen werden. Aber diese Ordnung ist keineswegs statisch. Sie hat sich durch erhebliche horizontale Bewegungen differenziert. Besonders die große Arbeitnehmermitte hat sich durch die Kompetenzrevolution und den Wertewandel horizontal stark aufgefächert:

- Die autoritären *kleinbürgerlich-konservativen Volksmilieus* (in der rechten Mitte der Abbildung), die ihre Sicherheit in der Einordnung in vorgegebene Hierarchien und Konventionen finden, sind, wenn auch sehr langsam, auf etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung geschrumpft (und haben sich zudem in ihrer jüngeren Hälfte ein Stück weit für modernere, partnerschaftliche und tolerante Werte geöffnet).
- Stark modernisiert haben sich vor allem aber die großen *modernen Volksmilieus*, die sich in den gut qualifizierten Arbeiter- und Angestelltenberufen finden. Ihr zentraler Wert ist die Autonomie. Ihren Angehörigen geht es darum, in Lebensführung und Beruf ein möglichst großes Stück Unabhängigkeit von äußeren Zwängen und Autoritäten zu erlangen, und zwar nicht als Geschenk oder Gnade, sondern durch eigene, methodische Anstrengung (also durch ein asketisches Ethos). Sie sind heute wieder auf ein Drittel der Gesamtbevölkerung angewachsen.

8. Die neoliberale Politik hat diesen Wertewandel scheinbar teilweise aufgegriffen, indem sie die Freiheit von bürokratischen Reglementierungen und die Eigenverantwortung und Initiative der Einzelnen propagiert hat. Im Ergebnis entpuppte sich diese Politik jedoch als Wiedereinführung des autoritären Chefprinzips. Denn es

Grundlage dieser und anderer Erhebungen sind von uns veröffentlicht in Vester u.a. 2001 [1993], S. 526-541 und Vögele u.a. 2002, S. 257-409. Außer in diesen Untersuchungen zu Westdeutschland wurde die Konfiguration der Klassenmilieus auch für Ostdeutschland (Vester u.a. 1995) und, am Institut für Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld, für die türkischen Jugendlichen in Westdeutschland (Wiebke 2007) untersucht.

wurde mit zweierlei Maß gemessen. Für den Finanzsektor und die Managementschicht bedeutete Eigenverantwortung mehr Freiheit, das heißt. drastische Deregulierungen, Steuersenkungen und Bereicherungsmöglichkeiten. Für die Arbeitnehmer im Dienstleistungs- und Produktionssektor bedeutete Eigenverantwortung mehr Kontrolle von oben, das heißt Überreglementierung im Interesse einer „Sparpolitik“, die Stellen, Mittel und Sicherheiten abbaute und Risiken nach unten verlagerte. Wo ein Abbau von Verwaltungsbürokratien versprochen worden war, wuchsen fachfremde neue Kontrollbürokratien an, die mit rein betriebswirtschaftlichen Kriterien über Leistungen urteilen, die in Wirklichkeit nur mit der Fachkompetenz der Pädagogik, der Medizin, der Wissenschaft bzw. der Technologie beurteilt werden können.

Diese Politik der Reglementierung hat keine Akzeptanz gefunden. Sie ist vielmehr die Ursache einer neuen Form des Arbeitskonfliktes, in dem auch für die Hochqualifizierten das Berufsethos nicht vereinbar ist mit den neoliberalen Formen der Kapitalverwertung. Die Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital sind durch zwei widerstreitende Prozesse bestimmt, die beide aus der im Weltmaßstab sich verändernden Arbeitsteilung entspringen:

- Auf der Seite der Arbeitskräfte beschleunigt die internationale Konkurrenz die langfristige Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch ständig steigende Bildungsniveaus und Arbeitsqualifikationen, durch ein »re-skilling«. Der Umfang der höherqualifizierten Berufsgruppen, die geringer qualifizierte Gruppen hinter sich lassen, nimmt erheblich zu. Dies fördert gleichzeitig die **Renaissance des Berufsethos** der guten Fach- und Expertenarbeit, bei der es um einen hohen Gebrauchswert der Arbeitsprodukte und um die Autonomie der Arbeitenden selber geht.

- Auf der Seite der Unternehmen beschleunigt die internationale Konkurrenz die Tendenz, die Profitabilität des Kapitals durch verschiedene Strategien der **Entwertung der Arbeitskraft** zu stabilisieren oder zu steigern. Damit verschärfen sich auch die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen der Beschäftigten.

Wir haben diesen Konflikt im Auftrag des Vorstands der Industriegewerkschaft Metall in einer Pilotstudie über die qualifizierten und hochqualifizierten Arbeitnehmer in den exportorientierten Branchen untersucht. Dabei wurde deutlich, dass sich die Unternehmen dem globalen Wettbewerb durchaus mit unterschiedlichen Strategien gestellt haben, die teils im Einklang und teils im Konflikt mit dem Berufsethos der Befragten standen.

Einige Unternehmen mobilisieren eigenverantwortliche Kompetenzen durch **integrative Strategien**, die den Gegensatz zwischen Management und Beschäftigten durch akzeptanzfähige Aushandlungen und Regelungen moderieren.⁸ Nicht wenige

⁸ Dies sind einerseits kleinere IT-Unternehmen mit flachen Hierarchien, die die Mitarbeiter fast partnerschaftlich in Entscheidungsprozesse einbeziehen, andererseits ein Maschinenbau-Unternehmen mit einem paternalistischen Modell der „Betriebsfamilie“. (Eine andere integrative Strategie ist der von Schumann/Kuhlmann/Sanders/Sperling (2006) in der Studie »VW Auto 5000« analysierte Produktivitäts- und Mitbestimmungspakt, der mit der gewerkschaftlichen Gegenmacht ausgehandelt ist.)

Unternehmen bevorzugen dagegen von oben durchgesetzte **betriebswirtschaftliche Strategien der Reglementierung**. Sie fördern primär nicht eine höhere Produktivität durch intelligentere Arbeitsprozesse, sondern eine billigere Produktion, durchgesetzt über einen steigenden Kosten-, Zeit- und Flexibilitätsdruck. Diese Politik wurde teilweise bis zum Punkt der Kontraproduktivität gesteigert und hat ein erhebliches Konfliktpotential bei den technischen Experten erzeugt. Als Überreglementierung demobilisiert sie ihr produktives Potential. Dies trifft nicht zuletzt auch auf die Ingenieure und Techniker in den Forschungs- und Entwicklungszentren zu. Das von den Hochqualifizierten geforderte unternehmerische Denken und Handeln wird durch ein System undurchsichtiger Zielvereinbarungen, Vorgaben, Kontrollen und Bürokratien untergraben. Ein jüngerer Ingenieur:

„Es gibt immer mehr Bereiche um mich rum, wo ich das Gefühl habe, die arbeiten nicht, aber die verfolgen mich.“

Hier zeigt sich ein verschärfter grundsätzlicher Konflikt, der auch für andere technische Fachkräfte zutrifft. Gemäß ihrem ausgeprägten Berufsethos folgen sie bei ihrer Entwicklungstätigkeit einer auf langfristige Erfahrungsbildung ausgerichteten **technischen Arbeitslogik** (Oesch 2006), die Zeit und Raum für Eigenverantwortlichkeit, Kreativität und experimentelles Vorgehen lässt und sich an der Qualität der Produkte und an fachlichem Expertenwissen orientiert. Immer häufiger gerät dieses Berufsethos in Widerspruch zur **betriebswirtschaftlichen Organisationslogik** (ebd.), die auf kurzfristige Kostenvorteile des »shareholder value« zielt. Hinter diesen Profitmaximierungsstrategien müssen gegebenenfalls Qualitätsansprüche zurückstehen. Ein Ingenieur:

„Da kam dieser Herr und hat gesagt: Das hört mir jetzt auf. Es gibt nur noch einjährige Entwicklungszyklen. Ihr entwickelt neun Monate. Ende. Aus! Die letzten drei Monate habt ihr noch Zeit, es auf den Markt zu tragen. Mit dem Ergebnis, dass man jetzt ein Produkt in zehn Stufen auf den Markt trägt.“

Zunehmend werden die „Technischen Experten“, die häufig Bildungsaufsteiger sind, abgedrängt. Im Originalton:

„Früher hatte man zwei mögliche Wege der Karriere. Ein Weg war der Weg als Fachspezialist, wo man in seinem Gebiet anerkannt wurde, da konnte man nach oben steigen. Diesen Weg gibt's nicht mehr, anerkannt ist nur noch der Erfolg an Umsatz, an Menschenführung und so weiter. Sklavenhändler, die können damit gut umgehen.“

Insbesondere ältere Ingenieure fürchten Arbeitsplatzverlust und Deklassierung, da die Elektronik- und Hightech-Firmen ihre Forschungs- und Entwicklungszentren zunehmend ins Ausland verlegen. Die Arbeitslosenzahlen bestätigen das erhöhte Risiko für ältere Ingenieure. Verunsicherungen und Entwertungserfahrungen sind bei den Hochqualifizierten angekommen. Damit hat sich der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-

Gegensatz auch auf diese früher privilegierte und umworbene Gruppe ausgedehnt. Ein 54-jähriger Ingenieur:

„Ich will nicht mit allem rechnen, wenn ich älter werde. Ich will schon irgendwie eine gewisse Sicherheit haben, dass ich mein Haus nicht verkaufen muss oder egal was, wenn ich da auf der Straße liege ..., dass man zu etwas gezwungen wird, wo man da in Verzweiflung reinkommt.“

Entfremdungen sind heute ebenfalls zwischen den Gewerkschaften und ihrer alten Kernklientel möglich, vor allem den klassischen „Spezialisierten Facharbeitern“, mit ihrem ausgeprägtem Fachethos und Klassenbewusstsein. Ihr auf handwerkliches Fachkönnen gestütztes Selbstbewusstsein gerät durch die Zunahme der Angestellten und die fortschreitende Auslandsverlagerung produzierender Bereiche ins Wanken. Sie nehmen dies als Privilegierung des Angestelltensektors und als Entwertung der qualifizierten Facharbeit wahr: „Heute gibt es nur noch Dienstleistung. Die alte Facharbeit läuft aus.“ Sie haben sich einen bescheidenen Wohlstand erarbeitet, sind gut informiert (sie lesen regelmäßig lokale Tageszeitung, Spiegel, Fokus und GEO) und analysieren im Rahmen ihres autodidaktischen Arbeiter- und Handwerkerintellektualismus (vgl. Weber 1972 [1921]: 308) die Verhältnisse. Nun fürchten sie, durch den Strukturwandel ihre Respektabilität zu verlieren und in die unterprivilegierten Milieus abzurutschen.

Das Gelingen einer betriebsnäheren Tarifpolitik ist ein wesentlicher Faktor dafür, ob sich der Typus der spezialisierten Facharbeiter weiterhin integriert oder als „Auslaufmodell“ an den Rand gedrängt sieht. Sie erwarten, in Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden und ihre Stellung als Facharbeitergruppe mit ihren Ansprüchen an hochwertige Facharbeit rechtlich gesichert zu bekommen.

Ich komme nun zu meinen abschließenden Thesen.

*9. Die neoliberale Betriebspolitik hat aus zwei Gründen **keine Akzeptanz** in der Bevölkerung gefunden. Qualifizierte und Hochqualifizierte Arbeitskräfte wurden behandelt, als handele es sich um arbeitsunwillige Hilfsarbeiter der frühen Industrialisierung, die nur durch strenge Kontrolle und niedrigere Einkommen zu Leistung zu motivieren seien. Gleichzeitig führte der Grundsatz „billiger statt besser“ und der Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften dazu, dass die Standards der Gesundheitsversorgung, der Bildungsförderung, der Sozialdienstleistungen, der kulturellen Angebote usw. sanken und im internationalen Vergleich zurückblieben. Beides hat, wie breit angelegte Untersuchungen (über die in dem Vortrag berichtet wird) bestätigen, zu einer erheblichen „Verdrossenheit“ gegenüber den neuen wirtschaftlichen und politischen Eliten beigesteuert. Sie hat, zusammen mit der wachsenden sozialen Unsicherheit, nicht nur die Volksparteien viele Stimmen gekostet. Sie hat auch ein **Unruhepotential** geschaffen, das jetzt, in der Kettenreaktion zunehmender Insolvenzen und Entlassungen, in Bewegung kommt.*

*10. Wie wir an den Daten (These 5) gesehen haben, nimmt Deutschland an den internationalen **Entwicklungen zur Hochkompetenz** teil, aber es liegt dabei ein Drittel*

unter dem internationalen Durchschnitt. Die Entwicklung der Bildungschancen und beruflichen Qualifikationsstufen ist immer noch **durch Privilegienstrukturen gebremst**. Der Ausbau der modernisierten Berufe verlief in Deutschland langsamer als anderswo. Die Humandienstleistungen beschäftigen heute in Spitzenländern wie Schweden 33% aller Erwerbspersonen, in Deutschland nur 27%. Die **Bremung des Tertiärsektors** hat, wie oben ausgeführt, mit der Drosselung der Staatsausgaben schon unter Kanzler Schmidt begonnen.

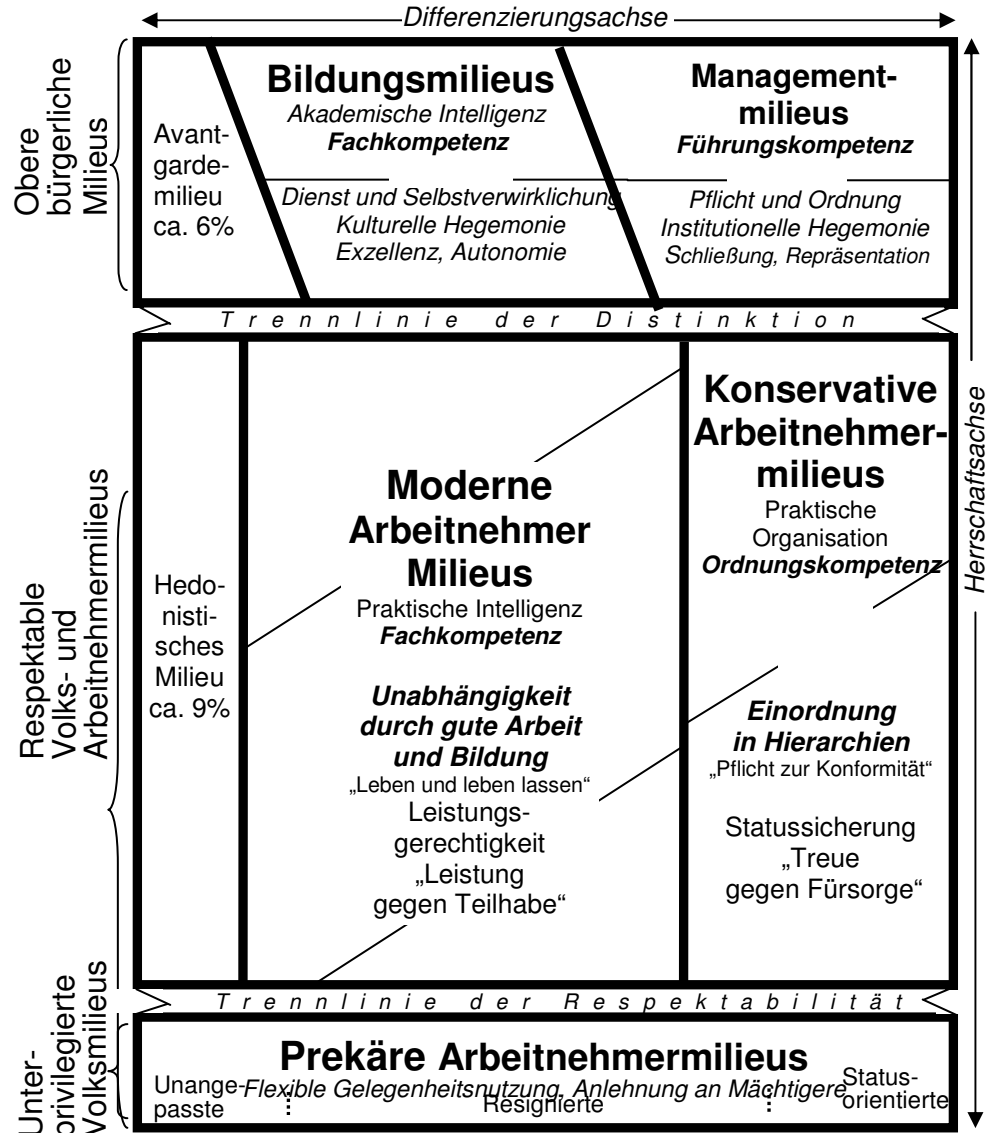
11. Für Deutschland gelten – trotz neoliberaler Umbauten – immer noch die in den fünfziger Jahren entstandenen Grundkompromisse der sozialen Ordnung: der **konservative Wohlfahrtsstaat** und das exportorientierte, auf industrieller Facharbeit aufbauende **deutsche Produktionsmodell**. Beide beruhen auf einem nachhaltig institutionalisierten Zusammenwirken des Staats mit den korporativ, in Interessenverbänden, organisierten Kräften des Unternehmertums und der Arbeitnehmerschaft. Dieses wirtschaftlich-politische Modell ist an seine Grenzen gekommen. Die Wirtschaft kann durch die Auslandsnachfrage nach Industriegütern nicht mehr hinreichend stabilisiert werden. Die Schwäche der Inlandsnachfrage und die zunehmenden sozialen Schief lagen rufen nicht nur nach besseren Arbeitseinkommen und Sozialleistungen. Sie rufen auch nach **grundlegenden Strukturreformen**, die die lange gebremste Entwicklung der **Hochqualifikation im Industriegütersektor**, des Ausbaus des **Bildungs-, Gesundheits- und Sozialsektors**, des **ökologischen Wirtschaftsumbaus** und der **kommunalen Infrastrukturen** fördern und damit auch hinreichend **neue Arbeitsplätze** schaffen.

12. Dabei geht es auch um das **Mitbestimmungsproblem**. Eine reine Umverteilung von Gütern und Einkommen belässt die Menschen in ihrer Rolle als passive Empfänger. Es kommt aber darauf an, nach der Periode der neoliberalen Bevormundung und Überreglementierung die **Menschen** nicht mehr nur als **Kostenfaktor** zu fürchten, sondern auch wieder als wirtschaftliche und politische **Produktivkräfte** zu mobilisieren. Große historische Beispiele der Überwindung wirtschaftlicher und sozialer Stagnation haben so funktioniert. Der Aufbau des modernen skandinavischen Sozialstaats oder der New Deal im Amerika F. D. Roosevelts haben erst durch **soziale Mobilisierung** die lange, schwere Wirtschaftsdepression nach 1929 bewältigen können. Gegenwärtig greift die neue Politik Barack Obamas, die die sozial auseinanderdriftende Gesellschaft der **USA** wieder integrieren soll, auf ähnliche Mobilisierungsmodelle zurück. Diese neuen Dynamiken strahlen ebenso **international** aus wie in den sechziger Jahren die unter Präsident Kennedy entstandenen neuen sozialen Bewegungen. – Das lässt uns hoffen.

Abb. 1 **Gespaltene Teilhabe am Wohlstand der BRD (2005)**
 Repräsentative Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP)
 beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)

Dauerhaft gesicherter Wohlstand 131,8% des mittleren Einkommens	45,9%
Instabiler Wohlstand 89,0% des mittleren Einkommens. <i>Kontinuierlich schrumpfende Gruppe</i>	26,1%
Bedingte Exklusion: Temporäre und partielle Armut ca. 68% des mittleren Einkommens (d.h. knapp über der Armutsgrenze) Teilgruppen: Temporäre Armut 5,7% <i>Periodisch unter der Armutsgrenze (60% des mittleren Einkommens)</i> Einseitige Armut 3,8% <i>Unterversorgung in Teilbereichen (Wohnung, Konsum, Ersparnisse, Arbeitsplatz)</i>	9,5%
Dauerhafte Exklusion: Keine Teilhabe am Wohlstand An und unter der Armutsgrenze (60% des mittleren Einkommens) Teilgruppen: Verfestigte Armut 8,4% 43,1% des mittleren Einkommens <i>Kontinuierlich wachsende Gruppe</i> „Stabiler Zusammenhang zwischen Armut und Klassenzugehörigkeit“ (Groh-Samberg): Betroffene rekrutieren sich nicht aus allen Erwerbsklassen, sondern überwiegend aus gering qualifizierten Arbeiter- und Angestelltengruppen und von diesen besonders aus Migranten, Alleinerziehenden und Kinderreichen. (S. 180) Prekarität 10,1% 60,9% des mittleren Einkommens (an der Armutsgrenze) <i>Dauerhafte Schieflage</i>	18,5%
Darstellung nach: Olaf Groh-Samberg: Armut in Deutschland verfestigt sich, in: Wochenbericht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin, Nr. 12/2007, S. 177-182.	
NB! Insgesamt nehmen mit den beiden unteren Großgruppen zusammen 27,5% an den allgemeinen Standards des Wohlstands und der sozialen Sicherheit nicht teil. (s.o.)	
NB! Von Exklusion und Prekarität betroffen sind nicht nur gering Qualifizierte, sondern auch Menschen mit guter Fachausbildung, die in die (nach den Angaben des Sachverständigenrats von 2008) auf 38% der Beschäftigten gewachsenen Sektoren <i>atypischer Arbeitsverhältnisse</i> , also Niedriglohn, Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Teilzeitarbeit usw., abgedrängt sind.	
NB! Die Einkommensarmutsquote nach dem SOEP ist besonders gestiegen von 1990 bis 1995 (von 11,4% auf 13,8%) und von 1999 bis 2005 (von 12,0% auf 17,4%). (S. 178)	

Abb. 2. Soziokulturelle Milieus und Lebensführung in der BRD



Statistische Grundlage der Milieuprofile: Repräsentative Erhebung (n=2.699) der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 14 Jahre 1991 (nach: M. Vester u a., Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt a.M. 2001); Umformulierung der Milieubezeichnungen aufgrund der Neuauswertung der Erhebung in: W. Vögele u.a. (Hg.), Soziale Milieus und Kirche, Würzburg 2002;
 M. Vester (Konzept) / D. Gardemin (Grafik) – agis Universität Hannover - 2007

Abb. 3

